Das Gespräch

Albrecht Ritschl*

„Wir haben deutlich gelernt, dass wir nichts gelernt haben“

Ein Gespräch mit Albrecht Ritschl über die Parallelen zwischen der Weltwirtschaftskrise und der Finanzkrise 2007/08, das Schuldendrama Griechenlands, Transfermechanismen im Euro-Raum, den Vorschlag einer Exportsteuer und den Umgang mit dem Brexit

<https://doi.org/10.1515/pwp-2018-0006>

PWP: Herr Professor Ritschl, Sie haben schon früh gesagt, die Finanzkrise 2007/08 sei nicht mit der Weltwirtschaftskrise vergleichbar. Wieso?

Ritschl: Erstens war der Verlauf anders, auch schon zu Anbeginn. Zum Beispiel gab es 2007/08 anders als in den dreißiger Jahren keine konventionelle Bankenpanik, also keinen Ansturm der Anleger auf die Banken; stattdessen sind wir ohne Vorlauf von einem Tag auf den anderen in ein Szenario der Bankenkrise wie 1931 hineingesprungen. Zweitens waren die Krisenursachen nicht dieselben, von der Krisenbekämpfung zu schweigen. Nach 2007/08 sind mehrere Dinge versucht worden, mit der Folge, dass wir

ein Identifikationsproblem haben und nicht genau wissen, welche Maßnahme wirklich gewirkt hat. Strukturell hatten wir auf jeden Fall diesmal eine viel engere Verzahnung zwischen Kapitalmarkt und Geldmarkt als in der historischen Vergleichsperiode. Die Geldmarktsteuerung in der Zwischenkriegszeit lief noch im Wesentlichen über kurzfristige Papiere, insbesondere über den Warenwechsel. Dieser kam schon lange vor der Finanzkrise 2007/08 aus der Mode. Die Bundesbank hat das Diskontieren von Wechseln durch das Repogeschäft ersetzt. Die Federal Reserve Bank hingegen nimmt in ihrem Diskontgeschäft, das sie immer noch betreibt, Mortgage-backed securities an. Das hat damit zu tun, dass ein Großteil des festverzinslichen Materials auf den Märkten nach wie vor Hypotheken-Obligationen sind, zum Teil in hochkomplizierten Konstruktionen. Das Problem ergibt sich daraus, dass das Kapitalmarktprodukte sind, keine Geldmarktprodukte.

*Kontaktperson: Albrecht Ritschl, London School of Economics, Economic History Department, Sardinia House, London WC2A 3LZ, Großbritannien, E-Mail: A. O. Ritschl@lse.ac.uk

PWP: *Inwiefern ist das problematisch?*

Ritschl: Das sind keine Wechsel, die sich in einer relativ kurzen Frist selbst liquidieren, sondern da werden Risiken über mehrere Jahre angehäuft. Infolge der Hereinnahme dieser Bonds in das kurzfristige Geschäft hat man eine Verbindung zwischen Kapitalmarkt und Geldmarkt, die es früher so nicht gegeben hat. Ich erinnere mich noch an die Notrufe der amerikanischen Banken im Frühjahr 2008, die klagten, Ben Bernanke, der damalige Chef der Federal Reserve Bank, verstehe ihr Problem nicht; die Märkte gefröhen und es fehle an liquidem Material, das man der Zentralbank als Pfand für das Diskontgeschäft zur Verfügung stellen könne. Als Europäer hat man die irrige Vorstellung, dass das amerikanische Geschäft ähnlich strukturiert ist wie das europäische, mit zertifizierten Produkten, wo die Risikoklassen klar und die entsprechenden Aufschläge leicht zu bestimmen sind. Aber von wegen. Hier hatten wir eine große Menge an Wertpapieren, deren Risikoklassen nicht klar definiert waren. Was Triple-A sein sollte, wurde plötzlich als Ramsch gesehen, mit dem Ergebnis, dass das Gegenparteirisiko nun als so groß betrachtet wurde, dass die Leute schlicht nichts mehr gekauft haben. Plötzlich saßen die Banken also auf ihren Papieren fest; wenn jemand mal etwas zum Verkauf angeboten hat, dann sendete er damit, ganz ohne es zu wollen, ein Signal an den Markt, dass er möglicherweise Liquiditätsprobleme hatte. Das war eine verheerende Spirale. Sie ist erst durchbrochen worden, als die Fed Anfang 2009 den Übergang vom Quantitative easing zum Financial easing vollzogen hat und Papiere aufkaufte, trotz des Gegenparteirisikos.

PWP: *Dennoch waren Sie ziemlich optimistisch, dass die Krise nicht die Ausmaße wie die Weltwirtschaftskrise annehmen würde.*

Ritschl: Es gab vor allem nicht im selben Maß das Problem internationaler Verschuldung. Die südeuropäische Schuldenkrise kam erst später hinzu. Ja, sie wurde schlimm – und doch hält das keinem Vergleich mit der Weltwirtschaftskrise stand. Aber natürlich muss man sich auch ein Counterfactual vorstellen und fragen, was geschehen wäre, wenn die Fed 2008/09 nicht die Geldschleusen geöffnet hätte und sich stattdessen sturheit auf den Standpunkt gestellt hätte, das sind Risikopapiere, die diskontieren wir nicht mehr. Dass die Fed das nicht getan hat, war schon eine wesentliche Weichenstellung.

PWP: *Haben wir etwas gelernt?*

Ritschl: Oh ja. Wir haben drei Dinge gelernt. Das erste ist, dass die Nicht-Rettung der amerikanischen Bank Lehman Brothers ein großer Fehler war. Ich weiß nicht, wie es Bernanke an dem Tag ging, an dem Lehman Brothers geschlossen wurde, obwohl doch er als Spezialist für die Weltwirtschaftskrise ganz genau wusste, dass das keine gute Idee sein konnte. Ich bin mir völlig sicher, dass diese Sache diesen Mann jeden Tag quält. Ein Counterfactual, in dem man Lehman Brothers nicht hätte vor die Hunde gehen lassen, hätte möglicherweise doch anders ausgeschaut.

PWP: *Aber manchmal braucht die Öffentlichkeit eine Lektion. Hätte man Lehman Brothers gerettet, hätte es eine sehr schwierige politische Debatte gegeben. Aber als dann nach Lehman Brothers noch AIG in die Schieflage kam, gab es keine Diskussion mehr.*

Ritschl: Es hat einmal selbst ein gewisser Milton Friedman geschrieben, dass man in Vertrauenskrisen nicht noch weitere Bank runs hervorrufen soll. Ich erinnere mich an die Diskussion 2008 und daran, dass damals einige gesagt haben, man müsse ein Exempel statuieren. Aber ich kann doch nicht, wenn ein Haus in Flammen steht, den Löschhahn abdrehen, bloß weil sonst ein Wasserschaden entsteht. Das ist doch das Argument. Im wirtschaftlichen Ausnahmezustand sind bestimmte Dinge, die sonst als Sünde gelten, auf einmal unbedingt erforderlich.

PWP: *Die normale Ordnungspolitik muss dann pausieren?*

Ritschl: Manchmal muss man in der Krise Schweinkram machen.

PWP: *Als AIG dann in die Schieflage kam, wurde auf dem Hintergrund der Erfahrungen mit der unterbliebenen Lehman-Rettung die dramatische Dimension der Gefahr überdeutlich.*

Ritschl: Und zwischendrein hat die Regierung von Gordon Brown ganz nebenbei die historischen Forderungen der Labour Party erfüllt und den britischen Bankensektor verstaatlicht – binnen einer halben Stunde. Das war dramatisch; es war wie in Berlin 1931. Es ist aber fast noch interessanter, sich von einem historischen Verständnis aus zu fragen, was die Informationsasymmetrien waren, die zu dieser Entscheidung geführt haben, Lehman Brothers nicht zu retten. Wenn man nicht bösen Willen unterstellen will, kann man die Frage nur so beantworten, dass einige Entscheidungsträger den systemischen Charakter dieser Krise nicht erkannt hatten, und das ist natürlich bedenklich.

PWP: *Was ist das zweite, das wir gelernt haben?*

Ritschl: Dass die Kreditkrise von 2008 mehr ein Politikversagen war als ein Marktversagen. Denn sie lässt sich auf eine langgehegte amerikanische Politik zurückführen, das Zinsniveau für Häuslebauer künstlich niedrig zu halten, also den Immobilienmarkt auszuhebeln, um einkommensschwachen Schichten das Hauseigentum zu ermöglichen. Die Wurzeln dessen lassen sich mindestens bis in die dreißiger Jahre zurückverfolgen. Nur dies erklärt die Errichtung eines staatlichen Zwangsmonopols für den Hypothekarkredit mit Fannie Mae 1938, einem in den ersten Jahrzehnten seiner Existenz stark sozialistischen Folterinstrument. Man hat den Kunden unglaublich niedrig verzinsliche Langfrist-Hypotheken zur Verfügung gestellt, mit hohem Subventionsanteil. Da der Kapitalmarkt ausgeschaltet war, waren nunmehr vernünftige Risikoeinschätzungen fast unmöglich. Wir wissen aus historischen Arbeiten, dass man sich in Amerika immer wieder das europäische System des zertifizierten Hypothekenspfandbriefs angesehen hat, und es hätte durchaus verschiedene Möglichkeiten gegeben, es zu kopieren. Der Pfandbrief ist ein merkwürdiges Ding – ein Bond, bei dem nicht die ganze Forderung weiterverkauft wird, sondern die Hypothek noch immer in den Büchern der Bank steht. Das Entscheidende aber ist die Zertifizierung. Wer bei der Bewertung einer Immobilie grob fahrlässig vorgeht, kann im Gefängnis landen. Das ist ähnlich wie bei einer Bilanz- oder Steuerprüfung. Die Ratingagenturen hingegen sind geschützt durch die Meinungsfreiheit. Jedenfalls waren solche Instrumente in Amerika nicht verfügbar. Das hatte für die Regierung den Vorteil, dass man diese Sozialpolitik für Häuslebauer betreiben konnte, und den Nachteil, dass nachher ganze neugebaute Stadtviertel leer standen. Das hilft dann auch nicht so viel.

PWP: Sie hatten noch einen dritten Punkt.

Ritschl: Ja. Das dritte ist, dass uns Griechenland noch einmal die Zwangslage vor Augen geführt hat, in der sich seinerzeit 1930–32 auch der deutsche Reichskanzler Heinrich Brüning befand. Um es ganz platt zu sagen, die Brünnings von heute waren Leute wie Lukas Papademos, Kostas Simitis und all die anderen griechischen Ministerpräsidenten der Krisenzeit. Das Schockierende und auch Skandalöse ist, dass sich Deutschland in dieser Krise in der Rolle des amerikanischen Schatzkanzlers Andrew Mellon, der Federal Reserve Bank of New York und der Bank of England wiedergefunden hat, die in den dreißiger Jahren Hilfsprogramme erst verweigerten und dann nur unter ganz harten deflationären Auflagen gewährt haben. Wenn sich Geschichte wiederholt hat, dann eigentlich genau hier.

PWP: Also haben wir doch eher nichts gelernt!

Ritschl: Naja, wir haben an dieser Stelle deutlich gelernt, dass wir nichts gelernt haben. Und dann mussten uns die Griechen auch noch eine Lektion erteilen. Aber langsam. Politisch hat man gelernt, dass man hätte schneller handeln müssen. Immerhin gereicht es uns deutschen Ökonomen zur Ehre, dass wir seinerzeit einen bösen Brief an den Bundesfinanzminister geschrieben haben, um nun endlich einen Schuldenschnitt für Griechenland anzumahnen. Wir wurden aber leider nicht gehört. Wenn man nun den Zeitpfad von Sozialprodukt, Beschäftigung und relevanten Wertpapierindizes vergleicht, dann schaut Griechenland post-2010 sehr ähnlich aus wie Deutschland post-1929. Und vor einem solchen desaströsen Hintergrund haben uns die Griechen gelehrt, dass es trotzdem nicht zwangsläufig ist, eine faschistische Bewegung an die Macht zu bringen. Das finde ich ziemlich beeindruckend.

PWP: Was erklärt den Unterschied zwischen den Krisenverläufen in Griechenland auf der einen und in Spanien und Italien auf der anderen Seite?

Ritschl: Die griechische Staatsverschuldung war auf einem nicht nachhaltigen Pfad. Dauerhaft konnte Griechenland schon zu Beginn der Krise mit der Schuldenlast nicht umgehen, und danach erst recht nicht. Man kann dem entgegenhalten, dass diese Schuldenlast im Barwert von 150 auf vielleicht 70 Prozent herunterdekliniert worden ist. Aber das ist nicht dasselbe wie eine Schuldenstreichung, auch wenn der Schuldendienst pro Periode derselbe ist. In Italien hingegen gab es zu Beginn der Finanzkrise ganz geringe Primärdefizite und teilweise sogar Primärüberschüsse; Spanien hatte insgesamt eine Schuldenstandsquote von 60 Prozent. In diesen beiden Ländern gab es also eine ungleich viel günstigere substanzwirtschaftliche Ausgangslage als in Griechenland, und dazu eine Gesamtsituation, die mittelfristig als gut zu beurteilen war. Spanien ist ein Land mit einer gut ausgebauten modernen Infrastruktur und die Sonne scheint dort immer noch, und es ist unter anderem ein großer Automobilproduzent. Italien ist neben vielen anderen Dingen einer der führenden Kapitalgüterexporteure der Welt. Das Interessante ist nicht so sehr die Adriaküste, sondern die Maschinenindustrie in der Lombardei. So etwas hat Griechenland nicht. Die Fundamentalvoraussetzungen in Griechenland waren nicht gut. Alle Kritik, die man in diesem Zusammenhang daran geübt hat, dass Griechenland überhaupt in den Euro-Raum hineingenommen wurde, ist wahrscheinlich richtig. Aber als es zu diesem Krisenschock kam, an dieser Stelle Austeritätspolitik zu verordnen – das hat eben die bekannten Folgen gehabt.

PWP: *Gab es aus Ihrer Sicht denn eine realistische Alternative, Griechenland wieder aus dem Euro-Raum herauszunehmen?*

Ritschl: Es hat gute Gründe gegeben, das nicht zu tun. Hätte man das getan, hätte die Entwicklung Richtung Venezuela oder Argentinien laufen können. Die Frage ist nur, ob man unter der Restriktion, so etwas unbedingt verhindern zu wollen, die richtige Politik gewählt hat oder ob man da nicht noch etwas hätte anders machen können. Ich glaube, man hätte es anders machen können. Aber egal, das ist Schnee von gestern, die Anpassungsprozesse sind gelaufen.

PWP: *Und jetzt sind die griechischen Zahlen besser. Es geht aufwärts.*

Ritschl: Ja, und das wäre schön. Aber das hat sechs Jahre gedauert, und es war eine harte Zeit. Ich weiß nicht, wie populär es gewesen wäre und was unsere Bevölkerung gemacht hätte, wenn man uns in Deutschland noch einmal

eine solche tiefe Depression von sechs Jahren zugemutet hätte.

PWP: *Rund 25 Prozent des Sozialprodukts waren einfach weg.*

Ritschl: Eben. Aber jetzt möchte ich noch einmal einen Bogen zur Zeit nach 1929 schlagen. Ein Großteil meiner Arbeit Anfang der 2000er-Jahre bestand darin, dem Publikum zu erklären, dass die Deflationspolitik Deutschlands in der Weltwirtschaftskrise die Austeritätspolitik eines Schuldnerlands war.¹ Es ging mir darum zu zeigen, dass wir eine auswärtige Schuldenkrise hatten, und dass diese Tatsache unter anderem die Deflationspolitik des vermaledeiten Heinrich Brüning erklärt. Es gab einige Leute wie den späteren griechischen Finanzminister Yanis Varoufakis, die diese Parallele zu Griechenland erkannt haben. Niemand hat einen Ausweg aus der Zwangslage gefunden. Und als man die Zwangslage beseitigt hatte und gerade neue wirtschaftspolitische Möglichkeiten zur Expansion entstanden, kamen die Nazis an die Macht. Wer die Politik Brünnings nicht versteht, dem kann man vor dem Hintergrund der Erfahrungen Griechenlands empfehlen, dass er sich Papademos und Simitis ansehen möge. Die hatten das gleiche Problem: Man ist verschuldet und bekommt jeden Tag einen Telefonanruf aus London, New York oder Berlin. Damals waren es London, New York und Paris.

PWP: *Sie haben eine Fehlkonstruktion des Dawes-Plans von 1924 als zentrales Element für die Erklärung der vorgelagerten massiven Kapitalzuflüsse in den zwanziger Jahren postuliert. Sehen Sie also diese Fehlkonstruktion als wesentlichen Grund für den tiefen Fall Deutschlands später, oder vielleicht sogar als Vorbedingung für die Notwendigkeit einer Brünningschen Politik später?*

Ritschl: Das Beste, was Wirtschaftshistoriker zur Beantwortung einer solchen Frage tun können, ist es, Counterfactuals zu konstruieren – in diesem Fall also zu überlegen, was wohl geschehen wäre, wenn es diese Fehlkonstruktion nicht gegeben hätte. Sie bestand darin, dass man neuen Krediten einen de facto erstrangigen Status bei ihrer Bedienung in Dollar gegeben hat, also in konvertierten Devisen. Wenn ein hochverschuldetes Land nun aber die Möglichkeit hat, zu derart guten Konditionen

¹ A. Ritschl (2002), *Deutschlands Krise und Konjunktur 1924–1934*, Berlin, de Gruyter; A. Ritschl (2016), *Schuldenkrise und Austerität. Die Rolle des Reichswirtschaftsministeriums in der Deflationspolitik 1929–1931*, in: C.-L. Holtfrerich (Hrsg.), *Das Reichswirtschaftsministerium der Weimarer Republik*, Berlin, de Gruyter, S. 579–636.

Kredite hereinzubekommen, dann nutzt es sie. Die Kreditgeber haben ebenfalls keinen Grund, den Kredit zu verweigern, weil sie wissen, dass sie aus der Sache noch herauskommen, wenn es zum Schwur kommt – sie können noch rechtzeitig von Bord springen, aber die anderen gehen unter. Das Anreizproblem liegt in dieser Umkehrung der Rangstaffel, der Seniorität von Krediten. Wir können nun überlegen, was geschehen wäre, wenn man versucht hätte, Deutschland nach der Hyperinflation ohne einen solchen Goldsegen, wie ihn der Dawes-Plan brachte, monetär zu stabilisieren.

PWP: *Das war ein Tanz auf dem Vulkan, nicht wahr? Wobei der Kapitalzufluss ja heute noch gefeiert wird. Er gilt als die Rückkehr Deutschlands an den internationalen Kapitalmarkt und insofern als ein großer Erfolg, aber er hat die Saat gelegt für ein Overspending im gesamten öffentlichen Bereich.*

Ritschl: Auch da können wir aus der Gegenwart für die Geschichte lernen. Schauen wir uns die regelmäßige Rückkehr Argentiniens an den internationalen Kapitalmarkt an. Das ist strukturell genau das gleiche. Jede Rückkehr Argentiniens legt das Feuer für das nächste Verbrennen von Schulden. In Argentinien hat sich dieses sogenannte Phoenix-Phänomen sogar schon mehrmals besichtigen lassen: Sie verbrennen Schulden, kommen wieder, verbrennen, kommen wieder. Deutschland war in dieser Hinsicht wie Argentinien – ein Schuldnerland, das bereits im Default gewesen war, sich dann durch eine Hyperinflation dieser Folgen entledigt hat und dann stabilisiert wird. Dabei handelt es sich aber um eine Scheinstabilisierung, die bereits den Keim des nächsten Crash in sich trägt. Die Frage ist, was passiert wäre, wenn es eine harte Stabilisierung gegeben hätte. Das hätte damals in Deutschland bedeutet, dass es jedem erlaubt gewesen wäre, deutsche Bonds zu kaufen, aber auf eigenes Risiko – caveat emptor. Es hätte keine Schutzklauseln und keinen Investorenschutz gegeben. Wenn es Devisenknappheit gegeben hätte, wären die Reparationsgläubiger zuerst an die Reihe gekommen, will heißen, sie als die Besitzer der Altschulden wären zuerst bedient worden und die neuen Schuldner hätten warten müssen. Jeder hätte sich überlegen können, ob er wirklich noch Geld geben wollte und zu welchen Bedingungen. Die Zinsen auf deutsche Papiere im Ausland lagen damals bei 6–7 Prozent, und das zu einer Zeit, in der die Zinsen auf amerikanische Papiere eher 3–4 Prozent betragen. Wir hier reden also von Aufschlägen in der Größenordnung von typischerweise 250 bis 350 Basispunkten. Auch nach heutigem Verständnis ist klar, dass da ein Risikogeschäft vorliegt.

PWP: *Wenn Griechenland auf den Kapitalmarkt zurückkehrt, besteht dann die gleiche Gefahr?*

Ritschl: Die Gefahr wäre dann eher, dass der Kapitalmarkt selbst eine Senioritätsumkehr vornimmt und versucht, die Altgläubiger sozusagen marktwirtschaftlich zu enteignen, und zwar dadurch, dass die Neugläubiger ihre Kredite nur noch kurzfristig geben. In gewissen Teilen ist dieses Phänomen auch in der Weimarer Republik zu beobachten. Markus Brunnermeier und Martin Oehmke haben das den „Maturity rat race“ genannt, also den Ansturm auf kurze Fristigkeiten². Damit versichert man sich gegen Unwägbarkeiten. Es kann also sein, dass es solche Probleme geben wird. Allerdings ist das letztlich die Frage der Durchsetzung von Ansprüchen verschiedener Gläubigergruppen innerhalb der Gläubigerländer. Und da haben insbesondere die Amerikaner neuerdings einiges getan, um ein etwas besseres Policing durchzusetzen, sodass die Altgläubiger eben nicht durch die Neugläubiger enteignet werden. Aber grundsätzlich gibt es da natürlich ein Anreizproblem. In den zwanziger Jahren handelte es sich interessanterweise um zwei verschiedene Gläubigergruppen, und zwar den Fiskus in den Reparationsempfängerländern auf der einen Seite und auf der anderen Seite die Kapitalgeber aus dem privaten Sektor.

PWP: *Was könnte man regulativ machen, um eine solche Situation zu vermeiden?*

Ritschl: Damals hat es auch schon Regulierungsversuche gegeben. So hatte Österreich ebenfalls Auslandskredite bekommen, allerdings mit einer von den Gläubigern aufgelegten und im Wesentlichen vom Völkerbund verwalteten Kapitalverkehrskontrolle. Ein solches System hätte man auch den Deutschen aufzwingen können, doch man hat es aus Gründen der politischen Optik nicht gern gemacht. Schließlich wollte man den Erfolg feiern, dass die damals relativ noch sehr große deutsche Ökonomie 1924 wieder auf dem Gold war, noch vor den Engländern.

PWP: *Wobei Österreich fast genauso stark in die Rezession hineingeschlittert ist wie Deutschland.*

Ritschl: Die deutsche und österreichische Geschichte ist natürlich auch in dieser Hinsicht nicht unkorreliert, aber Österreich hatte nicht die gleichen Zahlungsbilanzprobleme wie Deutschland. Natürlich gab es andere Schwierig-

² Brunnermeier, M. und M. Oehmke (2013), The maturity rat race, *Journal of Finance* 68, S. 483–521.

keiten, zum Beispiel durch das Zollunionsprojekt und den Kollaps der Kreditanstalt 1931. Die Zahlungsbilanzprobleme jedoch sind das deutsche Sonderproblem gewesen. Ohne die hohen Kapitalimporte hätten wir wohl nicht den Aufschwung der zwanziger Jahre erlebt, aber auch nicht den tiefen Fall. Die Frage ist natürlich, ob es eine politisch plausible Stabilisierung der Weimarer Republik ohne diese Süchtigmachen gegeben hätte. Das wissen wir nicht.

PWP: Politisch hat man damit einen Investitionsstau insbesondere im kommunalen Bereich aufgelöst. Es wäre nicht leicht gewesen, darauf zu verzichten. Es ist ja auch viel gemacht worden.

Ritschl: Na sicher, das ist vollkommen klar, es ist nur die Frage, ob es richtig war, das Problem durch Kapitalimporte zu lösen, mit dem Ergebnis, dass man nachher in Zahlungsbilanzschwierigkeiten und in die Weltwirtschaftskrise geriet. Es hätte zumindest ein Counterfactual geben können: Die Stabilisierung wird 1924 versucht; 1925 kommt es zu einer schwereren Anpassungskrise, als wir sie in Deutschland tatsächlich hatten, ohne Möglichkeit, das durch Kapitalimporte auszubügeln; und anschließend eine neue geldpolitische Destabilisierung. Die wäre dann aber 1926/27 gekommen, und nicht erst 1932, mit dem Ergebnis, dass auch ein Einstieg entweder in eine Revision des Reparationsverfahrens oder in eine bessere europäische Handelsintegration, die die eigentliche Lösung des Problems gewesen wäre, viel früher gekommen wäre und nicht erst ab 1950. Die Dauerlösung des deutschen Problems musste zwingend die Entschärfung der außenpolitischen Konflikte und die europäische Integration sein. Stattdessen erlebten wir eine Zuspitzung sowohl des politischen als auch des ökonomischen Konflikts mitten in der Weltwirtschaftskrise. Und das hat sich als verheerend erwiesen.

PWP: Um das Thema Weltwirtschaftskrise abzuschließen – können Sie Ihre Skepsis gegenüber den monetären Erklärungen für uns noch einmal zusammenfassen?

Ritschl: Ich kann es erst einmal technisch formulieren – wenn man es misst, mit den dafür zur Verfügung stehenden Zeitreihenanalysen, und es statistisch sauber macht, kommt es nicht heraus. Die Effekte müssten riesig sein, aber sie sind klein. Der tiefere Grund aber scheint mir zu sein, dass es eine Menge „Smoking guns“ im nicht-monetären Bereich gab und nur wenige im monetären. Zunächst zur monetären Seite. Wir sehen in der Frühphase der Weltwirtschaftskrise, dass in den USA der Geldmultiplikator kollabiert. Die Federal Reserve Bank hat offensichtlich die

Strategie verfolgt, die Geldbasis stabil zu halten, aber M1 ist trotzdem gefallen. Der Vorwurf von Milton Friedman und Anna Schwartz richtete sich darauf, dass die Fed das zugelassen hat³. Freilich machten auch sie keine konkreten Vorschläge, wie man das hätte vermeiden sollen. Bei ihnen steht ein stark currency-theoretischer ideologischer Ansatz dahinter; die Vorstellung, wenn man die Geldbasis nur genug aufpumpt, dann geht auch M1 in die Höhe. Auch da haben wir aus der Gegenwart für die Geschichte gelernt, denn es hat in der jüngsten Finanzkrise offen gestanden ja auch nicht besonders gut funktioniert – wie weit haben wir doch M3 und die Geldbasis hochgehen lassen, und die Effekte auf M1 sind bescheiden geblieben. Dass in der Krise der Geldmultiplikator nicht stabil ist, haben wir jetzt mithin wieder einmal vorgeführt bekommen, und das scheint seinerzeit ebenfalls so gewesen zu sein. Bankenzusammenbrüche sind eine wichtige Sache, und man kann der Fed schon vorwerfen, dass sie hier nicht anders vorgegangen ist. Allerdings kamen die Bankenzusammenbrüche in einer etwas zu späten Phase der Krise, um wirklich die Ursache des Effekts sein zu können.

PWP: Akzeptieren Sie nicht einmal die These, dass die Geldpolitik die Krise ab 1931 verschärft hat?

Ritschl: Doch, ab 1931 schon. Denn da hat die Fed als Reaktion auf den Ausstieg Englands aus dem Goldstandard die Zinsen angehoben. Und das erweist sich natürlich auch im statistischen Befund als ganz scharfer negativer monetärer Schock⁴. Man muss kein Monetarist sein, um das schlecht zu finden. Das war die falsche Reaktion. Auch die Amerikaner hätten 1931 auf der Stelle vom Gold heruntergehen müssen.

PWP: Die Zuspitzung 1931 ist also nur ein Folgeproblem, das durch eine Krise entstanden ist, die im Wesentlichen nicht-monetär verursacht war?

Ritschl: Ab 1931 habe ich mit Friedman und Schwartz keine Schwierigkeiten. Hier gab es einen Schock, auf den die Briten richtig reagieren, die Amerikaner und die Deutschen aber falsch – die Deutschen deshalb, weil es die Amerikaner ihnen so vorschreiben. Das ist ziemlich klar. Bis 1931 jedoch, mit Blick auf die ersten fast zwei Jahre der Krise, ist die monetäre Erklärung insbesondere für Amerika jedoch nicht tragfähig. Da sind andere Dinge wichti-

³ Friedman, M. und A.J. Schwartz (1963), *A Monetary History of the United States*, Princeton, Princeton University Press.

⁴ Ritschl, A. und S. Sarferaz (2014), Currency versus banking in the financial crisis of 1931, *International Economic Review* 55, S. 349–73.

ger. So gab es in der Mitte der zwanziger Jahre einen Immobilienboom, der indes schon ab 1926 wieder zusammenbrach. Weil es keinen vernünftigen Sekundärmarkt für Hypotheken gab, saßen die ganzen Mikrobanken, die es damals gab, auf den Hypotheken wie die Tontauben. Damit bietet sich eine Neuerklärung der Bankenprobleme an, die weniger von der Anlegerseite kommt als aus dem Asset-Portfolio. Diese Banken saßen also auf faul werdenden Hypotheken, die sie nicht loswurden und die irgendwann non-performing waren. Das hat uns kürzlich Natacha Postel-Vinay am Beispiel der damals rasch wachsenden Vorstädte Chicagos vor Augen geführt.⁵ Das hat wesentlich zur Verschlimmerung der Bankenprobleme beigetragen – wobei gerade das genau einer der Gründe war, warum die Fed nicht eingriff. Sie rügte ausdrücklich, dass die Banken keine ordentlichen Asset-backings hätten, also nicht illiquide, sondern insolvent seien.

PWP: *Hat sie damit nicht recht gehabt?*

Ritschl: Möglicherweise schon. Und damit sind wir bei dem Problem von 2008/09, wo sich die Fed wieder fragen musste, ob sie aus systemischen Gründen eingreifen sollte, trotz mikroökonomischer Evidenz für Insolvenz. Sie hat das erst im zweiten Anlauf getan. Vielleicht war es mikroökonomisch gesehen richtig gewesen, Lehman Brothers untergehen zu lassen, weil sie wirklich insolvent waren. Vielleicht wäre es aus mikroökonomischen Gründen richtig gewesen, die Mortgage-backed securities von AIG nicht aufzukaufen. Aber dann hätten wir das vermutlich Gleiche erlebt – und insofern gibt es eben doch wieder eine Parallelität – wie 1930 fortfolgende, als die Fed es unterließ, die Banken herauszuhauen, mit dem Argument, sie seien strukturell insolvent.

PWP: *Wie sicher können wir sein, dass Insolvenz gegeben war?*

Ritschl: Wir sehen das gleichsam im Rückblick aus der Bereinigung der Bankenkrise ab 1933. Damals hat man Bankenfeiertage eingelegt und ein großer Teil des gesamten Bankenapparats wurde erst einmal stillgelegt. Erst nach Bilanzprüfungen wurden peu à peu wieder einige Banken geöffnet. Nach allem, was wir von damals wissen, war ein großer Teil des Bankenapparats tatsächlich insolvent.

PWP: *Lassen Sie uns noch einmal zu den realwirtschaftlichen Ursachen zurückkehren. Welche Rolle messen Sie der Agrarkrise bei?*

Ritschl: Die Agrarkrise und die Krise der städtischen Bodenpreise dauerten seit Mitte der zwanziger Jahre an. Das wird gemeinhin mit dem Wiedererscheinen agrarischer Produktionsflächen in Europa auf dem Weltmarkt nach dem Ende des Ersten Weltkriegs erklärt, und es hat wohl auch mit dem starken Produktivitätsfortschritt in der Landwirtschaft damals zu tun. Das mag alles zusammenspielen. Ein weiterer Krisenfaktor waren die Kreditprobleme in Europa, auch in Deutschland. Wenn schon Anfang 1930 ziemlich klar ist, dass die damals drittgrößte Volkswirtschaft der Welt in einen Kreditausfall gehen wird und nur ein Zwangskartell der amerikanischen Gläubigerbanken unter Führung der Fed das zunächst verhindert, dann ist das einfach nicht lustig. Um den Ernst der Lage damals zu ermessen, müssen wir uns heute einfach nur vorstellen, Japan wäre in den neunziger Jahren zahlungsunfähig geworden, oder der Euro-Raum nach der jüngsten Finanzkrise, oder wir hätten gegenwärtig entsprechende Probleme mit China.

PWP: *Solche Großkrisen haben das in den zwanziger, dreißiger Jahren erlebt und jetzt wieder. Gehört es ganz normal zum Kapitalismus dazu, dass alle zwei Generationen so etwas passiert? Nicht immer sind diese Krisen richtig schlimm, mal sind sie kleiner, mal größer, aber manchmal kommt es eben doch zur Katastrophe. Ist das ein stochastischer Prozess? Müssen wir damit leben?*

Ritschl: Ich glaube, die großen Finanzkrisen kann man alle mit Tschernobyl vergleichen – in dem Sinne, dass zwar Sicherungssysteme vorhanden waren, auch wenn sie vielleicht nicht besonders gut waren, dass man sie aber aus politischen Gründen außer Funktion gesetzt hatte. Und das ist immer ein Recipe for disaster. Wir sehen das im Fall der Zwischenkriegszeit. Nehmen wir einmal die ganz große Vogelperspektive ein: Das deutsche Reparationsproblem, den großen finanziellen Konflikt zwischen Deutschland und den Siegermächten des Ersten Weltkriegs gab es nicht zuletzt deswegen, weil der Krieg militärisch nicht vollständig und für alle sichtbar entschieden worden war. Man hat dann relativ verzweifelt versucht, das, was kriegsgerisch nicht entschieden war, finanziell nachzuholen. Das hat zu riesengroßen Sekundärwirkungen geführt, zum Beispiel dass die Zentralbankkooperationen nicht funktionieren konnten. Wie sollten sie denn, wenn das Ganze durch politische Kapitalbewegungen oder eben durch deren Fehlen verkrustet ist? Wir sehen das auf ganz andere Weise wieder in der Krise von 2008, wo wir

⁵ Vgl. N. Postel-Vinay (2016), What caused Chicago bank failures in the Great Depression? A look at the 1920s, *Journal of Economic History* 76, S. 478–519.

nicht zum ersten Mal erlebten, wie den Amerikanern ihre Politik zur Beeinflussung des Hypothekenmarkts um die Ohren flog. Wir sehen es in der Eurozonen-Krise, die mehrere fiskalpolitische Ursachen hat. Eine gängige Interpretation der Krise hob darauf ab, dass es ein Konstruktionsfehler gewesen sei, eine gemeinsame Währung einzuführen, ohne eine Fiskalunion zu haben. Ich würde dieser Interpretation allerdings erst einmal widersprechen, weil wir sehr wohl eine Fiskalunion hatten, nur funktionierte sie nicht mehr. Und das war das Problem.

PWP: *Wir hatten eine Fiskalunion?*

Ritschl: Aber ja. Die Fiskalunion bestand darin, dass Deutschland strukturell seit 1951 gegenüber dem Rest Europas Leistungsbilanzüberschüsse hatte und nie die Zurückzahlung eingefordert hat. Dann aber sind wir in Bestandsgrößenrestriktionen hineingekommen. Der Schuldenstand im Verhältnis zum Sozialprodukt ist in einigen Ländern so stark gestiegen, dass in der Krise die Kapitalmärkte das nicht mehr ignorieren konnten und sich mit Recht die Frage nach der langfristigen Tragfähigkeit des Systems stellten. Das heißt, wir hatten einen fiskalischen Ausgleichsmechanismus, der darin bestand, dass die Deutschen permanent Ressourcentransfers an den Rest Europas leisteten, aber keine Bezahlung verlangt haben. Da haben sich eben Auslandsschulden aufgetürmt. Und irgendwann haben sie eine Glasdecke erreicht. Niemand hatte daran gedacht, dass das einmal passieren könnte.

PWP: *Derzeit hat Deutschland ja wieder einen Leistungsbilanzüberschuss auf Rekordniveau.*

Ritschl: Jetzt natürlich erst recht. Das ist auch kein großes Wunder. Wir müssen diese notleidenden Volkswirtschaften alimentieren, und wenn wir das nicht politisch tun, tun es die Märkte auf ihre Weise, allerdings mit Kollateralschäden an unserem Bankensystem. Wenn wir die Währungsunion behalten wollen, müssen wir diesen Modus entweder durch einen fiskalischen Transfermechanismus ersetzen, der den schon seit 70 Jahren bestehenden Mechanismus offiziell macht, oder es gilt eine andere Form des Ausgleichs zu finden, und die müsste darin bestehen, dass wir in Deutschland die heimische Absorption erhöhen, zulasten der Exporte. Man könnte zum Beispiel über eine Exportsteuer nachdenken.

PWP: *Eine Exportsteuer?*

Ritschl: Man müsste nur die Mehrwertsteuerbefreiung der deutschen Exporte innerhalb der Europäischen Union be-

schränken oder abschaffen, oder aber die Einfuhrumsatzsteuer auf ausländische Produkte in Deutschland eine gewisse Zeit senken. Wir können und wollen ja nicht mehr Zölle in der EU haben, das ist klar, aber wir können selbstverständlich noch mit der Mehrwertsteuer operieren. Da die Mehrwertsteuer in Deutschland bei 19 Prozent liegt, könnte man durch eine Kombination beider Maßnahmen eine Beeinflussung der Terms of trade von bis zu einem Drittel erreichen. Klingt verwegen, gebe ich zu, ist es vielleicht auch, aber das Instrument existiert und wäre prinzipiell einsetzbar.

PWP: *Wenn man schon so lange einen Ungleichgewichtszustand hat, in diesem Fall schon seit den fünfziger Jahren, dann ist es doch wohl der historische Normalzustand, dass es auf diesem Weg zu Transfers kommt – oder? Diese Transfers haben dann allerdings einen anderen Namen. Gegenwärtig ist es übrigens nicht nur Deutschland, das sehr hohe Leistungsbilanzüberschüsse hat, sondern auch die Niederlande und die Schweiz sind in dieser Lage, auffallenderweise Länder, denen es ziemlich gut geht und die den industriell-innovativen Kern Europas ausmachen. Im 19. Jahrhundert hatte Großbritannien einen Riesenüberschuss und war ebenfalls der industriell-innovative Kern Europas.*

Ritschl: Das hat mit einem Struktureffekt zu tun. Großbritannien hatte im mittleren 19. Jahrhundert seinen Anteil der Beschäftigten in der Landwirtschaft schon stark reduziert; 1870 lag er noch bei 18 Prozent. Die Industriebeschäftigung machte damals schon 40–50 Prozent der Beschäftigung aus, und dabei handelte es sich natürlich im Großteil um Exportindustrie. Es gibt ja die These, dass sich das Empire durch Überschüsse des Zentrums an die Peripherie selbst ausgebeutet hat. Anders gewendet, hat der Kolonialismus Großbritannien nicht etwa reicher, sondern ärmer gemacht. Das ist kontrovers, aber man kann da ein ähnliches Argument aufstellen wie eben für Deutschland in einem anderen Kontext nach dem zweiten Weltkrieg. Allerdings fragt sich, ob die Industriebeschäftigung Ursache oder Symptom ist. Es ist klar, dass ein Land, das Kapitalgüter exportiert, eine entsprechende Produktions- und Beschäftigungsstruktur hat. Es kann auch sein, dass der Leistungsbilanzüberschuss von der Kapitalbilanz getrieben ist, etwa durch unseren starken öffentlichen Bankensektor und den Zwangsexport von Kapital, den wir in Deutschland dadurch betreiben, dass wir die Sparkassen sehr restriktiven Anlagevorschriften unterwerfen. Unter den gegebenen institutionellen Voraussetzungen könnte das nur anders sein, wenn wir eine höhere Staatsverschuldung hätten. Da wir die aber nicht haben, kaufen die Sparkassen entsprechendes Material im Ausland ein. Auf diese Weise

treiben wir Kapital über die Grenzen. Man müsste sich genauer anschauen, ob diese Restriktionen heute noch greifen oder ob man über eine Liberalisierung der Anlagevorschriften für die Kapitalsammelstellen in Deutschland zu einer höheren heimischen Absorption kommen könnte. Die Transmission kann man sich zum Beispiel über Effekte am Aktienmarkt vorstellen. Wenn infolge einer solchen Liberalisierung mehr heimische Aktien gekauft würden, ginge der Deutsche Aktienindex vermutlich deutlich nach oben. Möglicherweise gäbe es dann Tobins-Q-Effekte auf die Investitionen in Deutschland.

PWP: *In den vergangenen Jahren hat es eine spannende Diskussion darüber gegeben, wie Deutschland vor dem Ersten Weltkrieg, im Kaiserreich, im Vergleich zu Großbritannien dastand und inwieweit das für das Erscheinungsbild der beiden Volkswirtschaften bis heute prägend ist. Für die Zeit vor 1914 gilt das stilisierte Faktum, dass Deutschland kräftig aufgeholt und irgendwann das Vereinigte Königreich überholt hat. In der Zwischenkriegszeit kam es dann zu einer Schwäche, die letztlich politisch begründet war. In den fünfziger Jahren wurden nicht nur die politischen Weichen dann richtig gestellt, sondern man konnte institutionell auch eine Menge aus den zwanziger und dreißiger Jahren übernehmen. Deutschland ist heute noch immer ein hochinnovatives Industrieland, wenn auch mit Schwächen, und das ist das Ergebnis einer Entwicklung, die im Kaiserreich begann. Damals wurde die Struktur gelegt, auf der wir immer noch stehen, und als Kehrseite davon ergab sich die Entwicklung Großbritanniens zu einem Land mit starker Dienstleistungsorientierung. Was ist Ihre Sicht darauf?*

Ritschl: Wenn man einen wirklich richtig weiten Bogen schlägt, dann zeigt sich, dass in der britischen Wirtschaftsentwicklung die industrielle Revolution ein Ausreißer war. Das Gewicht Südens und insbesondere Londons in der britischen Volkswirtschaft ist heute wieder etwa dort, wo es um 1600 war, als die große maritime Entwicklung Englands anging. Die industrielle Revolution dazwischen – mit Kohle und Stahl oben in Nordengland und Schottland – ist im Grunde ein zweihundertjähriger Ausreißer. Das beginnt hundert Jahre früher als in Deutschland und hört auch deutlich früher wieder auf. Beginnend in den siebziger Jahren des 19. Jahrhunderts sehen wir einen relativen – nicht absoluten – Abstieg Großbritanniens. Wobei die Industrieproduktion Großbritanniens heute absolut gesehen noch immer höher ist, als sie je war. Dieser relative Abstieg jedenfalls vollzieht sich in einer Zeit, in der sich Deutschland in einem starken Aufstieg befindet. Einerseits ist die deutsche Industrie kurz vor und kurz nach der Wende zum 20. Jahrhundert vermutlich in

einigen Bereichen bereits produktiver als die englische – nicht in allen. Das hat unter anderem mit der Energiebasis zu tun. Die Kohleförderung ist aus geologischen Gründen in Deutschland teurer gewesen als in England; das ließ sich auch durch noch so viel Technisierung nicht auffangen. Der große Pferdefuß der deutschen Industrialisierung war aber die Landwirtschaft. Noch an der Schwelle zum 20. Jahrhundert sind 40 Prozent der Bevölkerung in der Landwirtschaft tätig.

PWP: *Aber die Industrieproduktivität ist hoch.*

Ritschl: Ja, aber die Beschäftigung in der Landwirtschaft ist damals noch viel zu groß, was bedeutet, dass trotz der hohen Industrieproduktivität die gesamte volkswirtschaftliche Produktivität in Deutschland immer noch relativ niedrig lag. Deutschland ist das, was man später eine „Dual economy“ genannt hat. Das wird überhaupt erst nach 1945 beseitigt. Man kann argumentieren, dass das Dritte Reich mit seiner gewaltsamen Agrarideologie der Versuch war, der im Grunde genommen zum Tode verurteilten bäuerlichen Landwirtschaft noch einmal neue politische Macht zu geben. Da gibt es Ungleichzeitigkeiten. Die Engländer haben ihre Agrarwirtschaft früher beseitigt. Sie stiegen zeitiger aus der Industrialisierung aus. Diesen Prozess einer relativen Deindustrialisierung hat es in Deutschland auch gegeben, und er hat sich fortgesetzt, allerdings mit einer Zeitverzögerung gegenüber England von mehreren Jahrzehnten. Es ist die Frage, ob man diese Trends fortschreiben darf und wenn ja, wohin. So wie es im Moment aussieht, ist Deutschland insgesamt die produktivere Volkswirtschaft und verstand mit den Verlierern der Modernisierung besser umzugehen, wobei allerdings die Integration der neuen Länder, der früheren DDR, ein besonders starker Schock war.

PWP: *Da sind wir schon wieder im Jetzt. Aber lassen Sie uns noch einmal zum Kaiserreich zurückkehren. Ist es nicht so, dass Sie in der erfolgreichen Entwicklung des Verarbeitenden Gewerbes in Deutschland, die stark von Wissensintensität getrieben war, aufgrund der Datenlage eine erheblich größere Dynamik verorten als andere Wirtschaftshistoriker?*

Ritschl: Ja, das ist in Teilen richtig, was mich aber noch nicht zu einer guten Ursachenanalyse bringt, das gestehe ich freimütig zu. Der Befund mag teilweise mit dem Bismarckschen Schutzzoll von 1879 zu tun haben. Dieser war im Grundsatz nichts anderes als der gescheiterte, aus der Schublade gezogene Schutzzoll der Paulskirche von 1848, wo es darum ging, die Interessen der süddeutschen Infant-Industry-Staaten mit den Interessen des einerseits schon

weiter entwickelten und aber auch des näher an England gelegenen Norddeutschlands auszubalancieren. So war in den Küstenstädten britische Kohle immer günstiger als deutsche Kohle. Es ging politisch also um Quersubventionen, damit die deutsche Eisen- und Maschinenausfuhr nicht von vornherein gegenüber der britischen benachteiligt war. Empirisch haben wir hier ein Identifikationsproblem. Wir können nicht genau sagen, was genuin die Effekte der Industrialisierung und der neuen Produktivkräfte waren, die sich durchgesetzt haben oder sich im Counterfactual eines ungehinderten internationalen Marktes durchgesetzt hätten; was die Effekte des Schutzzolls waren; und was Differentialeffekte der Aufrüstung vor dem Ersten und dann vor dem Zweiten Weltkrieg waren. Wir sehen aber, dass es am Ende des Zweiten Weltkriegs ein Übergewicht der Schwerindustrie gibt, was übrigens die Hauptmotivation für den Morgenthau-Plan war.

PWP: Ist das so?

Ritschl: Der Morgenthau-Plan war durchaus kein maliziöser Plan zur Rückführung Deutschlands in einen Agrarstaat – es ist sozusagen der letzte große Sieg der Goebbels-Propaganda, dass das viele Leute heute noch glauben. Sondern es ging vielmehr darum, das Übergewicht der Schwerindustrie abzubauen. Daraus ist im Wiederaufbau nichts geworden, weil diese Kapazitäten zunächst wieder dringend benötigt wurden. Zugespielt könnte man aber sagen, dass der Morgenthau-Plan inzwischen verwirklicht ist, und nicht nur für Deutschland, sondern für Westeuropa insgesamt, weil die Schwerindustrie nunmehr im Wesentlichen weg ist und wir eine leichtindustrielle Basis haben. Lars Boerner und Battista Severgnini haben einen wunderbaren Aufsatz über die Anfänge jenes „Manufacturing half moon“ verfasst⁶, der sich von Skandinavien bis nach Norditalien zieht, und sie bringen das zusammen mit dem Beginn der Zeitmessung, also der Uhren – und da ist Südengland noch dabei, mit London, der Rest Englands jedoch nicht. Das hat eine relativ hohe Durchschlagskraft für das, was wir heute sehen. Deutschland ist Teil dieser Konfiguration. Warum das so ist, wissen wir nicht genau, aber es ist eine Konfiguration, die sich räumlich eben über einen sehr langen Zeitraum als stabil erwiesen hat. Wir sollten also nicht den Fehler machen, die gesamte deutsche Standortqualität auf Ludwig Erhard zurückzuführen. Und es wäre auch keine gute Idee, diese Konfiguration durch eine neue Zollgrenze auseinanderzureißen.

⁶ Boerner, L. und B. Severgnini (2015), Time for growth, *LSE Economic History Working Paper* Nr. 222/2015.

PWP: Was die fünfziger Jahre angeht – was ist, zusammenfassend, Ihre These für das deutsche Wirtschaftswunder?

Ritschl: Wirtschaftswunder darf man nicht sagen.

PWP: In Anführungszeichen.

Ritschl: Es gab kein Wirtschaftswunder. Es gab nur das Aufschließen an einen historischen Trend, das Aufholen versäumter Wachstumsmöglichkeiten.

PWP: Also Konvergenz.

Ritschl: Nein, Konvergenz reicht nicht. Es war mehr als das, es war Rekonstruktion. Konvergenz, das wäre nur ein Aufholen gegenüber Amerika, beispielsweise. Und das gibt es natürlich auch. Aber Rekonstruktion ist das Aufschließen an einen gedachten säkularen Trend des eigenen Landes. Das ist eine Geschichte, die für Deutschland Werner Abelshauser und Knut Borchardt erfunden haben⁷. Wenn wir den Trend des Sozialprodukts pro Kopf zwischen 1880 und 1913 extrapolieren, dann kommen wir genau 1973 an.

PWP: Was die Zwischenkriegszeit an Entfernung von der Transformationskurve mit sich brachte, wurde in den zweieinhalb Dekaden nach dem Zweiten Weltkrieg wieder wettgemacht.

⁷ Abelshauser, W. (1975), *Wirtschaft in Westdeutschland 1945–1948: Rekonstruktion und Wachstumsbedingungen in der amerikanischen und britischen Zone*, Stuttgart, DVA; Borchardt, K. (1976), Wachstum und Wechsellagen 1914–1970, in: H. Aubin und W. Zorn (Hrsg.), *Handbuch der deutschen Wirtschafts- und Sozialgeschichte*, Band II, Stuttgart, Union Verlag, S. 685–740.

Ritschl: Genau. Es wird mehr oder weniger wettgemacht, was bedeutet, dass wir mehr oder weniger dieselben Standortfaktoren und institutionellen Bedingungen haben, und damit sind die kumulierten Wachstumsverluste wieder ausgeglichen. Eine ähnliche Periode hohen wirtschaftlichen Wachstums gab es damals auch in Osteuropa, also östlich des Eisernen Vorhangs, *horribile dictu*, es ist aber so. Das ist nicht ganz so dynamisch wie im Westen, und zum Schluss macht sich bemerkbar, dass es doch einen kumulativen Produktivitätsverlust gegeben hat. Aber zunächst sehen wir ein Aufschließen an die Transformationskurve. Allerdings ist es nicht mehr dieselbe Transformationskurve, sondern eine tiefer gelegene. Der Rekonstruktionseffekt als solcher jedoch ist derselbe. Dieser Effekt mag sich in Deutschland mit ziemlicher Verve bis Mitte der sechziger Jahre fortgesetzt haben, aber dann sehen wir ein Abflachen des Wachstums der totalen Faktorproduktivität auf etwas über ein Prozent im Jahr.

PWP: *Halten wir noch einmal fest – die „Stunde Null“ war gar keine.*

Ritschl: Ich wäre grundsätzlich vorsichtig mit der Behauptung, Deutschlands habe sich nach dem Zweiten Weltkrieg neu erfunden. Das ist Teil einer idealisierten ordnungspolitischen Selbstsicht der Bundesrepublik, die an vielen Stellen einfach nicht stimmt. Die Durchsetzung der Wettbewerbsordnung war ein zäher Kampf und erst Anfang der sechziger Jahre vorläufig abgeschlossen.⁸ Wirtschaftspolitisch innovativ wurden wir erst sehr viel später. Man könnte sogar ganz frech sagen, dass die großen Reformen, die Deutschland erlebt hat, aus Europa kamen, Ende der achtziger Jahre, und dann aus der Wiedervereinigung. Unser deutsches Wirtschaftssystem, wie wir es jetzt haben, ist wesentlich marktwirtschaftlicher und weniger miefig als der Rheinische Kapitalismus.

PWP: *Lassen Sie uns noch einen Blick in die Zukunft werfen. Sie leben ja in England. Wie sehen Sie die Lage in Großbritannien im Moment und insbesondere den Brexit? Wie wünschen Sie sich, dass die EU mit dem Brexit umgeht? Wie beurteilen Sie unter Maßgabe des Brexits die wirtschaftlichen Aussichten Großbritanniens? Sind die Träume der Brexiteers von einem „Singapore on Thames“ pure Spinnerei?*

Ritschl: Das wissen wir alle nicht. Der britische Außenminister Boris Johnson hat es ja sehr schön ausgedrückt: „We want to eat our cake and have it, too“. Er hat das Problem der britischen Position offenbar genau verstanden. Man könnte London eher als „Vienna on Thames“ bezeichnen. Viele Dinge erinnern doch an das alte Wien, insbesondere dieses Vielvölkergemisch – ungeheuer kreativ, ungeheuer schöpferisch in der Wissensproduktion und insbesondere in der Medienproduktion.

PWP: *Nicht ganz so morbide.*

Ritschl: Das sagen Sie. Die Morbidität kommt aus der Politik. Der Vergleich mit Wien ergibt sich aus den Erfahrungen, die wir in der wirtschaftshistorischen Forschung haben. Denn Wien ist einer der wenigen Anwendungsfälle für die Errichtung neuer Zollgrenzen. Darüber haben Max Schulze und Nikolaus Wolf gearbeitet, und die Ergebnisse sind unschön, weil groß⁹. Es gibt darunter etwas, über das man wirklich nachdenken muss. Bereits vor dem Ersten Weltkrieg ist in den Regionaldaten für die Habsburger Monarchie die Desintegration des Handels und die Auflösung in ethnische Blöcke zu beobachten. Mit einem ähnlichen Argument arbeitende Brexiteers legen Wert auf die Feststellung, dass der Handel zwischen Großbritannien und der EU in den vergangenen Jahren eher abgenommen hat. Auch darum spreche ich von Vienna on Thames – weil das Gegenargument ist, dass man eine Produktmarktintegration gar nicht braucht, wenn die Arbeitsmärkte integriert sind. Wenn wir alle nach England gehen und dort mit großer Freude gebrochen Englisch sprechen, dann ist auch das eine Form von Integration, die Sie aber über Handelsströme nicht messen können. Die Frage ist nun, wie das alles weitergeht.

PWP: *Ja, wie geht es weiter?*

Ritschl: Die größten Schwierigkeiten bestehen vermutlich im Dienstleistungshandel. Momentan ist Fintech mit die größte Wachstumsbranche im Vereinigten Königreich. Da sitzen irgendwelche Kids im Osten Londons und basteln dort an Computerprogrammen für neuartige Zahlungssysteme. Das ist ein echtes Wirtschaftswunder. Diese Entwicklung zeigt uns mehreres. Erstens kann von einer fehlenden ökonomischen Dynamik keine Rede sein. Großbritannien erlebt eine wirtschaftliche Erholung, verbunden mit einem

⁸ Ritschl, A. (2016), Soziale Marktwirtschaft in der Praxis, in: W. Abelshauser (Hrsg.), *Das Bundeswirtschaftsministerium in der Ära der Sozialen Marktwirtschaft*, Berlin, de Gruyter, S. 265–389.

⁹ Schulze, M. und N. Wolf (2012), Economic nationalism and economic integration: The Austro-Hungarian empire in the late nineteenth century, *Economic History Review* 65, S. 652–73.

rapiden Strukturwandel. Zweitens sind die Auswirkungen einer neuen Zoll- und, vielleicht noch wichtiger, Regulierungsgrenze gar nicht absehbar, am allerwenigsten von den Brexiteers. Hier ist das Problem, dass die EU durch die Dienstleistungsunion eine Regulierungsunion geworden ist, dahingehend, dass der Hersteller einer Dienstleistung diese in seinem Ursprungsland reguliert und zertifiziert bekommt, und dass diese Regulierung automatisch in der ganzen EU anerkannt wird. Das heißt konkret, dass die britische Prudential Regulation Authority aus Großbritannien kommende Finanzdienstleistungen für die gesamte Europäische Union reguliert. Passporting nennt man das. Für dieses Problem ist noch keine Lösung gefunden. Daran könnte der ganze Brexit scheitern. Und es gibt noch etwas anderes. Es könnte nämlich sein, dass wir nicht Singapore on Thames bekommen, sondern London oder genauer: Canary Wharf in Singapore. Es ist gut möglich, dass ein großer Teil jener Dienstleistungen, für die räumliche Nähe nicht notwendig ist, nicht nach Luxemburg, Amsterdam, Frankfurt oder Paris geht, sondern gleich ganz woanders hin. Da gibt es Standortfaktoren, die seit langer Zeit schon nach Südostasien zeigen und die eigentlich nur noch von Kim Jong-Un kaputt gemacht werden könnten.

PWP: Welche Strategie können Sie der britischen Regierung empfehlen?

Ritschl: Der Wissenschaftliche Beirat beim Bundeswirtschaftsministerium hat einen stufenweisen Brexit empfohlen, der darin bestehen würde, die alten Institutionen der EFTA zunächst wiederzubeleben und zu nutzen. Die EFTA wurde eigentlich gegründet, um den beitrtrittsscheuen Mitgliedern ein langsames Hineinwachsen in die europäische Integration zu ermöglichen. Das gleiche könnte man umgekehrt auch als Ausstiegsstrategie empfehlen. Das haben wir kurz vor der britischen Wahl vorgeschlagen. Ein spezifischer Vorschlag war, das bestehende europäische Mehrwertsteuersystem als Grundlage für ein Zollsystem zu verwenden.

PWP: Sie spielen wieder darauf an, dass man die Einfuhrumsatzsteuer als Zölle interpretieren kann.

Ritschl: Man kann sie jedenfalls dazu machen. Damit die Erhebung der Einfuhrumsatzsteuer funktioniert, tauschen die Behörden schon jetzt Informationen aus. Dieses System könnte man auch für eine künftige Zollgrenze nutzen. Das müsste dann allerdings mit entsprechenden Abrechnungsmechanismen für den Transfer der Zolleinnahmen versehen werden, die Freibeträge des gegenwärtigen Mehrwertsteuersystems müsste man beibehalten.

PWP: Nun eine politische Frage, die sich aufdrängt, wenn man an die Zwischenkriegszeit zurückdenkt. Sehen Sie im Zusammenhang mit den nun offensichtlich sehr schwierigen Brexit-Verhandlungen nicht auch die Gefahr, dass eine erhebliche Bitternis entsteht, eine Entfremdung – zumal Sie ja letztlich die Krise zurückführen auf die mangelnde Kooperationsbereitschaft, die im Vorhinein da war?

Ritschl: In England sieht man starke Meinungsunterschiede zwischen den Generationen. Die ältere Generation sieht die Rolle Europas und insbesondere Deutschlands noch immer durch die Brille des Zweiten Weltkriegs. Die Leute sind traumatisiert und zu einer vernünftigen, leidenschaftslosen Diskussion nicht in der Lage. Denkmodell ist der erfolgreiche Rückzug aus Dünkirchen 1940. Die jüngere Generation versteht das Problem nicht. Die jungen Leute interessieren sich dafür, ob man nach Berlin oder Riga oder Prag fliegen kann, um Party zu machen, und sie haben Angst, davon abgeschnitten zu werden. Aus diesen unterschiedlichen Interessenlagen kann sich eine politische Antwort nur dahingehend herausformen, dass wir unter allen Umständen versuchen sollten, eine Bestrafungsaktion zu vermeiden. Insbesondere sollten wir nicht den Fehler machen, die wahrscheinlich unvermeidlich kommenden britischen Reise- und Einwanderungserschwernisse mit reziproken Erschwernissen zu beantworten. Ein Vorbild für das, was wir tun sollten, ist die irische Politik, Briten mit irischen Wurzeln relativ rasch einen irischen Pass zu geben. Wir sollten etwas Ähnliches tun; es gab schon den Vorschlag, eine Unionsbürgerschaft für Briten einzuführen. Ich weiß nicht, ob das juristisch ein gangbarer Weg ist. Aber wir sollten unbedingt der jüngeren Generation die Tür nach Europa auf unbestimmte Zeit offen halten. Wir sollten in jedem Fall wenigstens im Personenverkehr so tun, als ob es das Brexit-Votum nicht gegeben hätte.

PWP: Es spricht vieles dafür. Aber in Europa hört man auch das Gegenargument, dass man die Briten nicht mit einem attraktiven Sonderstatus ausstatten könne, weil man damit einen Präzedenzfall schaffe und Nachahmer auf den Plan rufe.

Ritschl: Ich halte das bloß für einen formaljuristischen Vorbehalt. Wenn wir den Briten als Ex-Mitgliedern der Europäischen Union einen anderen Rechtsstatus einräumen als Staatsbürgern aus Drittländern, dann ist das kein Präzedenzfall für irgendwas, sondern der absolut notwendige Umgang mit einem potentiell tatsächlich gefährlichen Problem. Früher sind aus solchen Situationen kriegerische Konflikte entstanden, und das wollen wir doch

wirklich nicht haben. Man sieht deutlich, dass sich in der älteren Generation das ganz alte Misstrauen wieder Bahn bricht. Diese Leute haben die europäische Integration noch nie gemocht; sie sind mit der wirtschaftlichen Entwicklung seit dem Zweiten Weltkrieg nicht zurechtgekommen, insbesondere nicht mit dem deutschen Wiederaufstieg und dem eigenen Einflussverlust in der Welt. Alles das spielt eine Rolle. Aber darauf sollen wir uns nicht versteifen, denn es gibt eine jüngere Generation, die damit nicht viel zu tun hat. Es ist dringend erforderlich, dass wir gerade ihr den Weg nach Europa nicht verschließen.

PWP: *Abgesehen davon, dass der Ärger, den die Briten haben, abschreckend genug sein dürfte.*

Ritschl: Das führt uns noch auf einen tieferen Punkt. Ich höre immer wieder, die Briten hätten durchaus Recht und die EU sei gar kein erhaltenswertes Konstrukt. Dem würde ich doch widersprechen und widersprechen. Aber dahinter steht, dass es in Deutschland eine ähnliche Unterscheidung in den politischen Einstellungen zwischen den Generationen wie in Großbritannien gibt. Die Jugend scheint doch deutlich europäischer zu sein als viele von den älteren Menschen. Nicht alle, aber viele.

PWP: *Die AfD ist durchaus auch ein Phänomen zorniger älterer Männer.*

Ritschl: Naja, sie scheint auch jüngere Wähler zu haben. Aber wie dem auch sei, das Entscheidende ist die Erasmus-Generation, also die jungen Leute, die den Studienaustausch in Europa erlebt haben. Sie verstehen nicht und wollen nicht verstehen, warum wir jetzt wieder Grenzposten brauchen sollen. Ich halte Europa trotz der Kosten, die ich nicht bestreiten will, für ein unbestreitbares Gut. Wenn das auseinanderfällt, ist aus historischer Sicht die Prognose äußerst ungünstig.

PWP: *Die Spaltung der Gesellschaft haben wir überall, und sie läuft genau entlang der Alterslinien.*

Ritschl: Aber da gibt es natürlich eine Schweigespirale. Wenn man mit Briten über den Brexit spricht, sind die Älteren immer auffallend still. Die wollen sich nicht outen. Oftmals ist ihnen auch nicht klar, warum für uns Deutsche die europäische Integration dermaßen wichtig ist. Ich mache in England mit Kollegen immer wieder den Test, dass ich sie frage, wie viele Außengrenzen Deutschland hat. Und?

PWP: *Mal überlegen.*

Ritschl: Es sind neun. Können Sie drei andere Länder nennen, denen es mindestens ebenso geht?

PWP: *China, ...*

Ritschl: Und Russland und Brasilien. Alle diese drei Länder sind große Flächenstaaten, die es sich leisten können, viele Außengrenzen zu haben, ohne Probleme zu bekommen. Deutschland ist im Vergleich ziemlich klein und, um feindliche Koalitionen abzuwehren, stets auf Zusammenarbeit angewiesen.

Mit Albrecht Ritschl sprachen Karl-Heinz Paqué und Karen Horn. Albrecht Ritschl wurde von Micha Theiner fotografiert, Karen Horn von Beatriz Barragán.

Zur Person

Aus der Gegenwart für die Geschichte lernen

Albrecht Ritschl

Albrecht Ritschl, geboren 1959 in München als Sohn eines Arztes, entstammt einer alten, weit verzweigten Adels- und Gelehrtenfamilie. Elf Generationen zurück, im Jahr 1581, gelangte ein Christoph Ritschl, königlich böhmischer Grenzzolleinnehmer in Pfraumberg, Region Pilsen, in den rittermäßigen Reichsadelsstand mit dem Prädikat von Harttenbach. Sein Sohn Georg erwarb kurz vor dem Dreißigjährigen Krieg dann noch die Erhebung in den Freiherrenstand. Dessen Sohn wiederum verschlug es nach Erfurt in Thüringen, wo die Familie mehrere Generationen an Buchdruckern und Pfarrern hervorbrachte; ein Abkömmling brachte es gar zum Generalsuperintendenten mit dem Titel eines Bischofs im pommerschen Stettin. Man wandte sich ebenfalls der Juristerei zu, der Medizin und den Wissenschaften – da gab es einen Professor für Altphilologie, der Friedrich Nietzsche zu seinen Schülern zählte, einen Physiker, und gleich mehrere bedeutende Professoren für evangelische Theologie. So stößt man, wenn man im Internet über Albrecht Ritschl recherchiert, der seit 2007 als Professor für Wirtschaftsgeschichte an der London School of Economics lehrt, auf zahllose Einträge über seinen gleichnamigen Urgroßvater. Dieser entfaltete mit seiner modernen Offenbarungslehre als Professor für systematische Theologie, Kirchen- und Dogmengeschichte in Bonn und Göttingen großen Einfluss. Auf seiner persönlichen Website zollt Ritschl dem Ahn Tribut, indem er beider Konterfeis nebeneinanderstellt und den Besucher fragt: „Not the Albrecht you were looking for?“ Und in seinem Büro hängt ein Öl-Portrait des Theologen, so gemalt, dass der Betrachter aus jedem Winkel den Eindruck hat, er werde direkt angeschaut: „Das perfekte Über-Ich.“

Am meisten geprägt jedoch hat Ritschl wohl sein Großvater, der Finanzwissenschaftler Hans Ritschl (1897–1993), Professor in Basel, Straßburg, Tübingen und Hamburg. „In seinem Arbeitszimmer habe ich ungefähr im Alter von 12 Jahren mit der Ökonomie angefangen“, erzählt Ritschl. Der von der Gemeinwirtschaftslehre Adolph Wagners beeinflusste und für eine dualistische Wirtschaftsordnung werbende Großvater, der mit einer Arbeit über den Urkommunismus der Münsteraner Wiedertäufer promoviert worden war, zeigte sich nicht eben begeistert, dass der Knabe als erstes ein paar Bände von Joseph Alois Schumpeter aus dem Regal zog. „Er hätte es lieber gesehen, wenn ich erst einmal Werner Sombart gelesen hätte.“

Der Erfolg des Zugriffs auf die großväterliche Bibliothek war es immerhin, dass Ritschl, wie er sagt, alle Klassiker schon gelesen hatte, bevor er sein Studium aufnahm. „Ich will nicht sagen, dass ich das alles richtig verstanden habe, aber ich wusste immerhin, was geschrieben worden ist.“ Diese Lektüre der ökonomischen Klassiker hat insofern die Weichen schon ein erstes Mal in Richtung Wirtschaftsgeschichte gestellt, als sie in Ritschl den Wunsch weckte, den Kontext mitbedenken zu können, in dem bestimmte Theorien und Doktrinen entstanden sind.

Die Entscheidung für die Ökonomie war dennoch keine Selbstverständlichkeit. „Es gab auch andere Kandidaten“, sagt Ritschl. Besonders hätte ihn die Genetik gereizt, doch das dafür notwendige Biologiestudium schreckte ihn ab – was er vor allem deshalb bedauert, weil er den technologischen Durchbruch in der DNA-Sequenzierung doch gern nicht nur als unbeteiligter Zuschauer miterlebt hätte. Und noch bis zum Abschluss des volkswirtschaftlichen Grundstudiums in München liebäugelte er damit, Jazzmusiker zu werden. „Ich habe acht Stunden am Tag getrommelt“, er-

zählt er. Doch irgendwann war dann doch der Schalter umgelegt. Ihn interessierte zunächst allgemein die Finanzwissenschaft, die Spezialität seines Großvaters. Seine Doktorarbeit schrieb er bei Edwin von Böventer über ein nicht-historisches Thema unter dem Titel „Prices and Production“, gleichlautend mit Friedrich August von Hayeks Klassiker von 1931. Darin lieferte Ritschl eine systemtheoretische Fundierung für dynamische mikroökonomische Modelle von Preissetzung und Produktion, wobei er zeigte, dass sich die traditionelle walrasianische Theorie als intertemporal inkonsistent erweist, und dass die üblicherweise rivalisierenden neoklassischen und neoricardianischen intertemporalen Gleichgewichtssysteme dieselbe Grundstruktur beleuchten, nur von verschiedenen Seiten. In dieser Zeit stellte Ritschl aber auch die Weichen für seine Karriere als Wirtschaftshistoriker; er wurde bekannt mit einem Aufsatz, den er 1985 als gerade einmal 26-Jähriger über die Währungsreform von 1948 und den Wiederaufstieg der westdeutschen Industrie veröffentlichte¹⁰.

Nach der Promotion verbrachte Ritschl weitere sechs Jahre als DFG Research Fellow an der Ludwig-Maximilians-Universität München, unterbrochen von einem Jahr Anfang der Neunziger als Visiting Research Officer in Princeton. Das dortige Seminar von Kenneth Rogoff und Paul Volcker bezeichnet er als „absolute Offenbarung“. Was er dort zur Staatsverschuldung, zur Theorie unvollkommener Kreditmärkte und über die Bedeutung von Bestandsgrößenrestriktionen gelernt habe, sei für seine wissenschaftliche Entwicklung entscheidend gewesen. Der assoziativ denkende Ritschl war der erste, dem die Idee kam, diese Theorie speziell auf die Wirtschaftsgeschichte Deutschlands anzuwenden. Stoisch ignorierte er die Warnung Hans-Werner Sinns, der seit 1987 in München lehrte: Auf die Wirtschaftsgeschichte zu setzen, wofür es im deutschen Sprachraum nur wenige Lehrstühle gebe, von denen auch nur zwei in den nächsten acht Jahren frei würden, hatte dieser gesagt, das sei doch viel zu riskant. Im Jahr 1994 ging Ritschl als Assistant Professor und bald Associate Professor an die Universitat Pompeu Fabra in Barcelona. Obwohl er nun im Ausland reüssierte, war es ihm wichtig, doch noch den deutschen akademischen „Meisterbrief“ zu erlangen, wie er sagt – die Habilitation. Hierzu diente sein bedeutendes, auch politisch Aufsehen erregendes Werk „Deutschlands Krise und Konjunktur 1924–1934“¹¹. Damit knüpfte er an die sogenannte Borchardt-Kontroverse an. In

dieser Kontroverse hatte der Münchner Wirtschaftshistoriker Knut Borchardt die bis dahin übliche keynesianisch unterlegte Erzählung in Zweifel gezogen, nach der die wirtschaftliche Depression und schließlich der Einzug des Faschismus auf eine verfehlte deflationäre Wirtschaftspolitik Reichskanzler Heinrich Brünnings zurückzuführen sei. Nach Borchardts Sichtweise hingegen hatte Brüning gar keine andere Wahl; seine Austeritätspolitik war schlicht das Ergebnis einer Zwangslage. Ritschl unterstützte nun Borchardts These mit der Erklärung, dass sich eine solche Zwangslage aus einer Änderung im Reparationsregime ergab, dem Deutschland in der Zwischenkriegszeit ausgesetzt war. Während der Dawes-Plan von 1924 ermöglichte, dass Deutschland die Reparationen durch Auslandsverschuldung finanzierte, zog der Young-Plan von 1929 die Schrauben drastisch an und ließ die Bedienung von Auslandsschulden hinter die Erfüllung der Reparationspflichten zurücktreten. Das erwies sich als fatal, denn damit nahm das Risiko für ausländische Gläubiger deutlich zu, was eine kreditfinanzierte expansive Konjunkturpolitik für Deutschland unmöglich machte. Erst einen guten Monat nach Brünnings Rücktritt 1932 wurde diese Restriktion auf der Lausanner Konferenz aufgehoben, die das Ende der deutschen Reparationen bedeutete. Davon profitierten dann die Nationalsozialisten.

Mit diesem Thema hatte Ritschl seine Nische gefunden – hinreichend klein und zugleich wichtig genug, dass an ihm in den Debatten kein Weg vorbeiführt. Zu seiner Methode gehört es, sich immer „Counterfactuals“ zu überlegen, kontrafaktische Szenarien, also den belegten Lauf der Dinge immer wieder daran zu messen, welche Alternativen es hätte geben können. Und er erwies sich als Meister darin, festgetretene Weisheiten zu zerschießen – eine Übung, die er im Verlauf seiner Karriere oft wiederholt hat, zum Beispiel in Bezug auf die monetäre Erklärung der Weltwirtschaftskrise, die er für den Zeitraum bis 1931 für völlig ungeeignet hält. „Damit habe ich mir nicht nur Freunde gemacht“, sagt er und führt, wohl nur teilweise ironisch, die Lust daran auf einen gewissen selbstquälerischen Wesenszug zurück. Ihn selbst führte der Weg von Barcelona zunächst 1999 nach Zürich und im Jahr 2001 weiter nach Berlin an die Humboldt-Universität – just auf die beiden Lehrstühle, von deren absehbarem Freiwerden Hans-Werner Sinn gesprochen hatte. Er bekam sie beide.

Dass die Wirtschaftsgeschichte als universitäre Disziplin inzwischen eine Renaissance erlebt hat, dürfte zu einem Gutteil an Ritschls Beiträgen liegen. Er selber diagnostiziert, an den Universitäten habe sich schlicht ein Generationenwechsel vollzogen, der eine langjährige intellektuelle Blockade beseitigt habe. Hinzu kämen die Aufwertung statistischer Methoden und die Neigung zur Nut-

¹⁰ Ritschl, A. (1985) Die Währungsreform von 1948 und der Wiederaufstieg der westdeutschen Industrie, *Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte* 33(1), S. 136–65.

¹¹ A. Ritschl (2002), *Deutschlands Krise und Konjunktur 1924–1934*, Berlin, de Gruyter.

zung natürlicher Experimente in der empirischen Forschung. Heute lohne es sich gerade für kleinere Universitäten, Ökonomen anzuheuern, die historisch arbeiteten. Um diese Perspektive zu pflegen, bedürfe es dabei nicht einmal eigenständiger wirtschaftshistorischer Lehrstühle – die historischen Gegenstände würden einfach in dem Maße wieder interessant, wie sich Parallelen zu aktuellen Ereignissen aufdrängten. In dieser Hinsicht sei man gegenwärtig bestens bedient: „So eine schöne Finanzkrise“ wie 2008, die europäische Finanzkrise und den Anleiheaufkauf durch die Zentralbanken (OMT) – man könne in Echtzeit zuschauen, wie Geschichte geschrieben werde. Das sei nicht nur faszinierend, sondern gleichsam auch ein Arbeitsbeschaffungsprogramm für eine ganze Generation an Wirtschaftshistorikern, in der Aufarbeitung und gerade im Vergleich mit der Weltwirtschaftskrise. Ritschl benutzt dabei gern die Formel, dass man „von der Gegenwart für die Geschichte lernen“ könne, aber natürlich gilt dies auch umgekehrt. Weil das so ist, ist er – nicht nur als Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat des deutschen Bundeswirtschaftsministeriums – auch ein gefragter Ratgeber.

Von der Humboldt-Universität hatte er immer geträumt, wie er bekennt, aber dann blieb Ritschl doch nur sechs Jahre. Zwei Gründe nennt er: dass die produktive Wissenschaftlergruppe um den Makroökonom Harald Uhlig zerfiel, der sich mit seinem ambitionierten Akademieprojekt für die Humboldt-Universität nicht durchsetzen konnte und dann einen Ruf nach Chicago annahm, und dass die hohe, auf wenige Schultern verteilte Lehrbelastung der wissenschaftlichen Arbeit abträglich war. Vom Humboldtschen Ideal einer Symbiose von Forschung und Lehre könne keine Rede mehr sein; die deutschen Universitäten seien heute „höhere Lehranstalten mit angeflanschter Forschung“. In Berlin habe er neun bis elf Semesterwochenstunden Lehre zu leisten gehabt; an der London School of Economics, wo er seit 2007 eine Professur innehat und als Kopf des Economic History Department amtiert, seien es gerade einmal drei bis vier Stunden an 22 Wochen im Jahr. Ritschl bereut den Wechsel auch sonst nicht, er fühlt sich in London wohl. Im britischen Hochschulsystem sei nicht alles gut, sagt er, aber dass Forschung Freiraum brauche, das könne man dort unbedingt lernen. (orn.)